



Bezirks- Seniorenbeirat
Hamburg-Mitte
Hamburg-Eimsbüttel
Hamburg-Nord
Hamburg-Altona
Hamburg-Wandsbek
Hamburg-Harburg



Presseinformation

Hamburg 10. Juni 2024

Rentner*innen demonstrieren für Inflationsausgleich

Hamburg/Kiel: Seit knapp drei Monaten sammelt ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Seniorenbeiräten in Hamburg und Schleswig-Holstein Unterschriften für die Forderung nach einer Ausgleichzahlung von 3.000 Euro auch für Rentner*innen: Mehr als 200.000 Unterstützer*innen haben bereits unterschrieben. Am 15. Juni wird das Bündnis in Hamburg und Kiel auf die Straße gehen. In der Hansestadt werden die Unterschriften an Finanzsenator Andreas Dressel übergeben.

Das Bündnis fordert einen steuer- und abgabenfreien Ausgleich, damit auch die Rentner*innen die gestiegene Inflation und Teuerungen kompensieren können. Vor allem bei den Heizungs- und Energiekosten, den Mieten, bei Medikamenten und Lebensmitteln sind die Preise spürbar gestiegen. Arbeitnehmer*innen haben einen finanziellen Ausgleich schon lange bekommen, dies verdanken sie dem Einsatz der Gewerkschaften. Auch Bundes- und Landesrentner*innen wurden schon bedacht. Rentner*innen gingen bisher leer aus – auch sie brauchen dringend den Inflationsausgleich von 3.000 Euro, nur das wäre fair und sozial! Das norddeutsche Bündnis fordert außerdem eine grundsätzliche Reform des Rentensystems, hin zu einer Erwerbstätigenversicherung, die auch Beamt*innen, Abgeordnete und Selbständige einbezieht.

Für Ihre Forderungen gehen Rentner*innen in Hamburg wieder auf die Straße

Sonnabend, 15. Juni, 10 Uhr

- **10 Uhr: Start Demo vor Saturn (Mönckebergstraße)**
- **11 Uhr: Kundgebung Rathausmarkt, Übergabe der Unterschriftenlisten an Finanzsenator Dr. Dressel**

Es reden

- Jutta Blankau, AWO Landesverband Hamburg
- Klaus Wicher, SoVD Landesverband Hamburg
- Heike Lattekamp, stellv. Landesbezirksleiterin ver.di Hamburg
- Werner Hansen, für die Bezirkssenorenbeiräte Hamburg
- Dr. Andreas Dressel, Finanzsenator Hamburg

Musik

- SoVD-Chor

Moderation

- Susanne Rahlf

Jutta Blankau, Präsidiumsvorsitzende AWO Hamburg: „Schon jetzt werden immer mehr Rentner*innen zum staatlichen Versorgungsfall. Daher fordern wir eine echte Rentenreform, die die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rente insgesamt auf breitere Beine stellt, indem sie alle Erwerbstätigen, also auch Beamte, Selbständige sowie alle Abgeordneten in Bund und Land, einbezieht. Sich allein auf eine mögliche Rendite des neuen Generationenkapitals am Aktienmarkt zu verlassen, reicht bei Weitem nicht aus!“

Klaus Wicher, Landesvorsitzender SoVD Hamburg: „Rentner*innen haben ihr Leben lang mit ihren Einzahlungen das Rentenmodell getragen. Die Fairness gebietet es, dass wir solidarisch gegenüber denjenigen sind, die die anfallenden Härten, wie eben eine hohe Inflation, hohe Energie- und Lebensmittelpreise, aus eigener Kraft nur noch schwer ausgleichen können.“

Kontakt für Rückfragen:

Frank Krippner
AWO Landesverband Hamburg
Pressesprecher
Tel.: 040 414023 -400

frank.krippner@awo-hamburg.de

Susanne Rahlf
SoVD Landesverband Hamburg
Presssprecherin
Tel.: 0151/44 54 56 93

susanne.rahlf@sovd-hh.de